

1 Beschaffer

1.1 Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Art des öffentlichen Auftraggebers: Obere, mittlere und untere Bundesbehörde, die den niedrigen Schwellenwert anwenden gem. § 106 Abs. 2 Nr. 1 GWB

Haupttätigkeiten des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2 Verfahren

2.1 Verfahren

Titel: Rahmenvertrag Architekten & Ingenieure - Leistungsbild Tragwerksplanung + Erdbebensicherheit

Beschreibung: An den Bundesliegenschaften im Ausland sollen im Rahmen der Projektvorbereitung zur Ermittlung des Bedarfs und der Bedarfsdeckung Beratungsleistungen von freiberuflich Tätigen in Anspruch genommen werden. Zur Formulierung von Anforderungen des Nutzers, des Betreibers oder des Bauherrn an Gebäude und technische Anlagen in Form von Leitlinien oder Musterplanungen sollen ebenfalls Beratungsleistungen in Anspruch genommen werden. Für die Durchführung von einfachen Baumaßnahmen nach Abschnitt D RBBau an diesen Liegenschaften in Zuständigkeit des Bundesamtes für Auswärtige Angelegenheiten (BfAA) sind Planungsleistungen von freiberuflich Tätigen im Leistungsbereich Tragwerksplanung und Erdbebensicherheit notwendig. Hierzu soll ein Rahmenvertrag mit bis zu 5 Vertragspartnern mit einer Laufzeit von 7 Jahren ausgeschrieben werden.

Kennung des Verfahrens: 0507a148-fb5d-4bf1-b9af-0690bd93c872

Interne Kennung: VS-2026-0081

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Beschleunigtes Verfahren: nein

2.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2 Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort: verschiedene Auslandsvertretungen der BRD weltweit

2.1.3 Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 700 000 Euro

2.1.4 Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Vergabestelle behält sich vor, den Zuschlag auch ohne Durchführung von Verhandlungsrunden zu erteilen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2009/81/EG

2.1.6 Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Bildung krimineller Vereinigungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstöße gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Betrug oder Subventionsbetrug: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Zahlungsunfähigkeit: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Insolvenz: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB

vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Interessenkonflikt: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Schwere Verfehlung: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Einstellung der beruflichen Tätigkeit: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Bildung terroristischer Vereinigungen: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

Rein nationale Ausschlussgründe: Der Bewerber versichert, dass keine Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB vorliegen. Dazu wird die "Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen" zur Kenntnis genommen und bestätigt.

5 Los

5.1 Interne Referenz-ID Los: LOT-0000

Titel: Rahmenvertrag Architekten & Ingenieure - Leistungsbild Tragwerksplanung + Erdbebensicherheit

Beschreibung: Das Leistungsbild "Tragwerksplanung/Erdbebensicherheit" umfasst im Einzelnen
die unten genannten Aufgaben:

1. Grundleistungen der Tragwerksplanung für Gebäude und zugehörige bauliche Anlagen im Sinne § 51 der HOAI in den Leistungsphasen 1-6 und besondere Leistungen im Sinne § 51 der HOAI in den Leistungsphasen 8-9

2. Beratungsleistungen über Fragen der Sicherheit von Bundesliegenschaften im Ausland gegen seismische Einwirkungen. Diese können umfassen:

Klärung von Grundsatzfragen hinsichtlich Erdbebensicherheit von Gebäuden und technischen Anlagen

Berechnung von Antwortspektren zur Bewertung der Erdbebensicherheit von Gebäuden, mittels geeigneter Modellierungsverfahren, einschließlich des Gefährdungsmodells ESHM 2020.

Einbeziehung technischer Anlagen in Gebäuden unter dem Aspekt der Erdbebensicherheit

Gutachterliche Stellungnahmen bei Zwischen- und Neuanmietungen

Beratung zu vorliegenden lokalen und deutschen Gutachten hinsichtlich Erdbebensicherheit

Inaugenscheinnahme von Gebäuden und technischen Anlagen, wenn vorliegende Unterlagen eine belastbare Bewertung nicht zulassen

Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1 Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Hauptklassifizierungscode (cpv): 71327000 Dienstleistungen in der Tragwerksplanung

Zusätzlicher Klassifizierungscode (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2 Erfüllungsort

Beliebiger Ort

Zusätzliche Angaben zum Erfüllungsort: verschiedene Auslandsvertretungen der BRD weltweit

5.1.3 Geschätzte Dauer

Laufzeit: 84 Monat

5.1.4 Verlängerung

Verlängerung - Maximale Anzahl: 0

5.1.5 Wert

Höchstwert der Rahmenvereinbarung: 700 000 Euro

5.1.6 Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme: Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Diese Auftragsvergabe ist besonders auch geeignet für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen (KMU): ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#,
#Besonders auch geeignet für:selbst#,

5.1.7 Strategische Auftragsvergabe

Art der strategischen Beschaffung: Erfüllung sozialer Zielsetzungen

Beschreibung: Die zu beauftragenden Planungen sollen die Umsetzungsmöglichkeiten der Barrierefreiheit an den jeweiligen Auslandsvertretungen mit berücksichtigen.

Gefördertes soziales Ziel: Barrierefreiheit

5.1.9 Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung, Auftragsunterlagen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung: Anforderung an die Referenzen:

Die Leistungsfähigkeit eines Bewerbers/einer Bewerbungsgemeinschaft im Leistungsbereich Tragwerksplanung i. Sinne der HOAI §51 wird u. a. nachgewiesen durch

- mindestens 1 Referenz, die Grundleistungen in den Leistungsphasen 1-6 i. S. d. HOAI §51 als auch besondere Leistungen in den Leistungsphasen 8-9 für die u. g. Bauaufgabe beinhalten für
 - o Gebäude, welcher der Honorarzone III zugeordnet werden in Gebieten mit mindestens mittlerer Erdbebengefährdung (PGA-Werte nach GSHAP - Karte $> 1,2 \text{ m/s}^2$)

- sowie durch mindestens 2 Referenzen als seismologisches Gutachten für
 - o Gebäude, welcher der Honorarzone III zugeordnet werden in Gebieten mit mindestens mittlerer Erdbebengefährdung (PGA-Werte nach GSHAP - Karte $> 2.0 \text{ m/s}^2$)

- Anwendung des Gefährdungsmodells ESHM 2020 bei mindestens 1 der insgesamt 3 Referenzprojekte (entweder als besondere Leistung i. S. d. HOAI bei Referenz 1 ODER als Teil der Leistung bei Referenz 2 oder 3)

Mindestens 1 der 3 Referenzen muss im nicht-deutschsprachigem Ausland stattgefunden haben.

Als Referenzen sind Leistungen mit Fertigstellungsdatum innerhalb der letzten 5 Jahre (rückwirkend ab 01.01.2021) unter vollständiger und überprüfbarer Angabe des Projekts sowie des Referenzgebers zu nennen.

Je Referenz müssen zwingend folgende Angaben gemacht werden:

- Bezeichnung der Referenz /Beschreibung der Leistungen und Anforderungen
- Angaben zum Auftraggeber einschließlich Auskunftsperson (Name, Telefon-Nr., E-Mail-Adresse)
- Angabe zum Vertragsverhältnis (Hauptauftragnehmer, Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft, Unterauftragnehmer und ggf. Anteil am Auftrag)
- Ausführungszeitraum und Auftragsvolumen und Ausführungsort
- eingesetzte Vollzeitäquivalente

Bitte beschreiben Sie die erforderlichen Referenzen im Teilnahmeantrag V2 unter Punkt 6.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung: Sprachkenntnisse

Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags wird zugesichert, dass die Mitarbeiter des Bewerbers /der Bewerbungsgemeinschaft, die für die Auftragserfüllung vorgesehen sind, ein englisches sprachliches Niveau von mind. B1 haben.

Anzugeben im Teilnahmeantrag V2 unter Punkt 5.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Techniker oder technische Stellen zur Durchführung der Arbeiten

Beschreibung: Der Bewerber sichert zu, dass die Mitarbeiter des Bewerbers / der Bewerbungsgemeinschaft, die für die Auftragserfüllung vorgesehen sind, sich bereit erklären, weltweit eingesetzt zu werden.

Anzugeben unter Punkt 4 im Teilnahmeantrag V2.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung: Eine Mindestmitarbeiterzahl inkl. Geschäftsführung von 3 im Durchschnitt der letzten 3 Jahre ist erforderlich.

Benennung der Anzahl und Kategorie (leitende Kräfte, Mitarbeiter, sonstiges Personal). Bei Bietergemeinschaften und Nachunternehmern werden die Zahlen addiert.

Anzugeben unter Punkt 3 im Teilnahmeantrag V2.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Anteil der Unterauftragsvergabe

Beschreibung: Bitte geben Sie im Abschnitt 1 des Teilnahmeantrags V2 an, welche Teile des Auftrags Sie unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigen:

- Angabe des Leistungsbereiches und des vorgesehenen Anteils am Auftrag sowie Name des Nachunternehmens im Falle von Eignungsleihe.

Kriterium: Sicherheit bei der Verarbeitung, Speicherung und Übermittlung von klassifizierten Informationen

Beschreibung: Separate Vertraulichkeitserklärung wird zur Kenntnis genommen, bestätigt und verbleibt beim Bewerber /bei der Bewerbungsgemeinschaft.

Sicherheitsüberprüfung SÜ2

Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags wird zugesichert, dass mindestens ein/e für die Auftragserfüllung vorgesehene/r Mitarbeiter/in sicherheitsüberprüft Ü2 ist.

Falls diese Prüfung noch nicht vorliegt, muss die Bereitschaft zu einer Sicherheitsüberprüfung SÜ2 vorliegen.

Die "Erklärung Sicherheitsüberprüfung" wird ausgefüllt vom Bewerber / von der Bewerbergemeinschaft, mit dem Teilnahmeantrag eingereicht.

Anzugeben unter Punkt 4 im Teilnahmeantrag V2.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung: Im Falle der Auftragserteilung ist unverzüglich eine Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens folgenden

Deckungssummen pro Versicherungsfall

- 1,5 Mio. EUR für Personenschäden

- 0,5 Mio. EUR für sonst. Schäden

abzuschließen, bzw. zu erklären, dass diese bereits vorhanden ist.

Anzugeben im Teilnahmeantrag V2 unter Punkt 2.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Durchschnittlicher Jahresumsatz

Beschreibung: Ein Mindesthonorarumsatz von 240.000 € netto

/Durchschnitt der letzten 3 Jahre ist erforderlich.

Anzugeben im Teilnahmeantrag V2 unter Punkt 2.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10 Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Für das Leistungsbild Tragwerksplanung

/Erdbebensicherheit soll die Zuschlagserteilung zu 100% nach dem besten Angebotspreis unter Nachweis der Qualifikation und Berufserfahrung der für die Bearbeitung vorgesehenen

Personen auf die 5 bestplatzierten Bieter erfolgen.

Preiswertung:

Gewertet werden soll hier ein möglicher Standardabruf aus dem Rahmenvertrag, dieser setzt sich wie folgt zusammen:

- 100 Stunden für Leistungen der Personen nach 3.1.1 des Vertrags

- 50 Stunden für Leistungen der Personen nach 3.1.2 des Vertrags

- 20 Stunden für Leistungen der Personen nach 3.1.3 des Vertrags

- 8 Tagessätze Reisezeiten für Personen nach 3.2.1 des Vertrags

- 4 Tagessätze Reisezeiten für Personen nach 3.2.2 des Vertrags

Der Bieter mit der geringsten Gesamtsumme ist der Erstplatzierte.

Kategorie des Schwellen-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 100

5.1.11 Auftragsunterlagen

Verbindliche Sprachfassung der Vergabeunterlagen: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe-online.de/tenderdocuments.html?id=865780>

5.1.12 Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 03/09/2026

Bedingungen für die Einreichung:

Obligatorische Angabe der Vergabe von Unteraufträgen: Anteil des Auftrags, den der Bieter im Wege von Unteraufträgen zu vergeben gedenkt

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe-online.de/tenderdetails.html?id=865780>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Nebenangebote: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 31/08/2026 10:00

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Die Nachforderung von Erklärungen, Unterlagen und Nachweisen ist nicht ausgeschlossen.

Zusätzliche Informationen: Der AG macht von den Nachforderungen gemäß §22 Abs. 6 VSVgV Gebrauch.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung ist bestimmten Auftragnehmern vorbehalten: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mindestanforderung an das ausführende Personal:

- Nachweis der erforderlichen Qualifizierung der unter 3.1.1 und 3.1.2 des Vertrags für die Bearbeitung vorgesehene/n Person/en: Master/Dipl.-Ing. Bauingenieurwesen mittels Profilbogen Projektbeteiligte-(r).
- Nachweis der Berufserfahrung von mehr als 5 Jahren aller unter 3.1.1 und 3.1.2 des Vertrags für die Bearbeitung vorgesehenen Personen in der Erstellung von Nachweisen der Erdbebbensicherheit, mittels Eigenerklärungen im Profilbogen Projektbeteiligte/r

Generelle Reisebereitschaft weltweit:

Mit der Abgabe des Teilnahmeantrags wird zugesichert, dass die Mitarbeiter des Bewerbers /der Bewerbungsgemeinschaft, die für die Auftragserfüllung vorgesehen sind, sich bereit erklären, weltweit eingesetzt zu werden.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Alle Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft verpflichten sich im Falle der Auswahl für die 2. Stufe des Vergabeverfahrens (Angebotsphase) zu einer Bietergemeinschaft und im Falle der Auftragserteilung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen und für die Erfüllung sämtlicher vertraglicher und außervertraglicher Verpflichtungen gesamtschuldnerisch zu haften. Nachunternehmer verpflichten sich zur Leistungserbringung.

Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen.: Es gilt deutsches Recht. Der Vertragsausführung liegen die Vergabeunterlagen und das Angebot des Bieters zugrunde. Darüber hinaus gelten die Allgemeinen Vertragsbedingungen für Leistungen (VOL/B) sowie die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bundesamts für Auswärtige Angelegenheiten (AGB-BFAA) in der bei Einleitung des Vergabeverfahrens geltenden Fassung. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht anerkannt.

Vergabe von Unteraufträgen:

Der Auftragnehmer muss alle Änderungen der Unterauftragnehmer angeben, die sich während der Auftragsausführung ergeben.

5.1.15 Techniken

Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung, teilweise mit erneutem Aufruf zum Wettbewerb, teilweise ohne erneuten Aufruf zum Wettbewerb

Höchstzahl der teilnehmenden Unternehmen: 5

5.1.16 Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Unternehmen haben einen Anspruch auf Einhaltung der bieter- und bewerberschützenden Bestimmungen über das Vergabeverfahren gegenüber dem öffentlichen Auftraggeber, dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Sieht sich ein am Auftrag interessiertes Unternehmen durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften in seinen Rechten verletzt, ist der Verstoß unverzüglich beim Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten zu rügen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 GWB) Verstöße, die aufgrund der Bekanntmachung oder im Vergabeverfahren zugänglich gemachten Unterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geltend gemacht werden. Verstöße, die aufgrund der Vergabeunterlagen für die Angebotsphase erkennbar sind, müssen spätestens bis zu der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Angebotsabgabe gegenüber dem Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

geltend gemacht werden. Teilt das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten dem Unternehmen mit, seiner Rüge nicht abhelfen zu wollen, so kann das Unternehmen nur innerhalb von 15 Kalendertagen nach Eingang dieser Rügeerwiderung einen Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer stellen (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 bis 4 GWB). Bieter, deren Angebote nicht bezuschlagt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage (bzw. bei elektronischer Übermittlung 10 Kalendertage) nach Absendung dieser Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten geschlossen werden. Diese Frist beginnt am Tag nach Absendung der Information durch das Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten. Die Unwirksamkeit gem. § 135 Abs. 1 GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Information der Bewerber und Bieter durch den öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als sechs Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union (§ 135 Abs. 2 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Organisation, die Angebote entgegennimmt: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

8 Organisationen

8.1 ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Bundesamt für Auswärtige Angelegenheiten

Identifikationsnummer: 991-01944-42

Postanschrift: Kirchhofstraße 1-2

Ort: Brandenburg an der Havel

Postleitzahl: 14776

NUTS-3-Code: Brandenburg an der Havel, Kreisfreie Stadt (DE401)

Land: Deutschland

E-Mail: eu-vergabe@bfaa.bund.de

Telefon: +49 3018473016315

Internet-Adresse: <https://bfaa.diplo.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Zentrale Beschaffungsstelle, die öffentliche Aufträge oder Rahmenvereinbarungen im Zusammenhang mit für andere Beschaffer bestimmten Bauleistungen, Lieferungen oder Dienstleistungen vergibt /abschließt

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Angebote entgegennimmt

8.1 ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt

Identifikationsnummer: t:022894990

Postanschrift: Villemombler Str. 76

Ort: Bonn

Postleitzahl: 53123

NUTS-3-Code: Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de

Telefon: +49 2289499-0

Fax: +49 2289499-163

Internet-Adresse: <https://www.bundeskartellamt.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

10 Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung: e897a40b-113b-4c1b-a7a5-0241fe701f92-01

Hauptgrund für die Änderung: Korrektur – Beschaffer

Beschreibung: Aufgrund der Bearbeitung von eingegangenen Bewerberfragen wird die Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge bis zum 31.08.2026 um 10:00 Uhr verlängert.

Nach Abschluss der Bearbeitung erfolgt eine entsprechende Information.

10.1 Änderung

Abschnittskennung: LOT-0000

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 907066ff-e867-4ec3-a9bd-8dbeda694c67 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 21/08/2026 09:27

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch